

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/5515 —

Deutschlandtreffen der Schlesier 1993 in Nürnberg

Unter dem Motto „Unsere Heimat heißt Schlesien“ fand am 10. und 11. Juli 1993 das Deutschlandtreffen der Schlesier statt. „Daß nach einem Abstand von 20 Jahren wiederum Nürnberg als Veranstaltungsort gewählt wurde“, war nach Angaben des „Schlesier“ vom 9. Juli 1993 „allein dem besonderen Entgegenkommen der Bayerischen Staatsregierung“ zu verdanken.

In der gleichen Ausgabe der Zeitung „Der Schlesier“ begrüßt der NPD-Bezirksverband Mittelfranken in einer Anzeige „die schlesischen Landsleute zum Deutschlandtreffen in Nürnberg!“.

Aber auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat seine Verbundenheit mit den Schlesiern durch ein Grußwort zum Ausdruck gebracht und darin u. a. betont, daß „die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation“ und „ein Gebot historischer Wahrhaftigkeit“ sei. Weiter führt er aus: „Mir persönlich liegt viel daran, dieses große Erbe zu bewahren und zu pflegen. Es ist ein Erbe, das lebendig bleibt, weil es ein unverlierbarer Bestandteil unserer Geschichte ist.“

Einige Bundestagsabgeordnete wurden auf dem Deutschlandtreffen vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Heinz Lorenz, begrüßt. Die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann z. B. hielt ein Kurzreferat mit dem Thema „Wir Vertriebenen können Vorbild sein“. Der fraktionslose Abgeordnete Ortwin Lowack leitete die Deutschlandkundgebung in der Frankenhalle.

Der CSU-Abgeordnete Michael Glos hielt eine Rede auf dieser Kundgebung. Während dieser Rede kam es zu Tumulten, als Mitglieder der NPD-Jugend (Junge Nationaldemokraten, JN) Transparente entrollten, auf denen zu lesen war: „Verzicht ist Verrat“ oder „Auf Kohl verzichten wir, auf Schlesien nicht“. Durch Pfiffe und Zurufe wie „Deutschland, Deutschland“ und „Aufhören“ mußte der Abgeordnete Michael Glos seine Rede mehrfach unterbrechen.

Dr. Herbert Hupka, Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, übte scharfe Kritik an der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Er warf der Bundesregierung vor, die Vertriebenen aus der deutschen Geschichte zu vertreiben, wenn sie Schlesien nicht mehr zu Ostdeutschland rechnet. Hierzu meinte er wörtlich: „Dazu sagen wir

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 24. August 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

nein und niemals. Wir sind Teil Deutschlands und der deutschen Geschichte.“ Dr. Herbert Hupka äußerte weiter, daß geschlossene Verträge zwar eingehalten werden müßten, „aber aus Unrecht kann kein neues Recht entstehen“. Unter Beifall der Anwesenden konnte er die Grenzverträge mit Polen angreifen. „Das war eine Annexion“, meinte er und bezeichnete die polnische Politik als „kriegerischen Akt“. Er verlange von der polnischen Regierung das Eingeständnis des Unrechts der Vertreibung.

In den „Tagesthemen“ vom 16. Juli 1993 wurde ein Beitrag zu der Rolle der organisierten Schlesier und ihr rechtsextremes Treiben in Polen gesendet. Die Beauftragte der Bezirksverwaltung für die deutsche Minderheit von Opole, Danuta Berlinska, vertrat die Auffassung, daß bei den älteren Deutschen die Goebbelssche Propaganda immer noch wirksam sei. Außerdem wundere sie sich, daß die Bundesregierung die „Schlesischen Nachrichten“, die eine weite Verbreitung haben, mitfinanziere. Sie halte dies für gefährlich. Der Bürgermeister von Dziewkowice, der sein Deutschtum entdeckt hat, veranlaßte daraufhin die Änderung des Ortsnamens in Frauenfeld. Diese Bezeichnung führte die Gemeinde nur in der Nazizeit. Seitdem wird dort in Geschäften der „Schlesien-Report“ verkauft, der in Kiew gedruckt wird. In dem Ort Dziewkowice wohnte und wirkte auch der Nationale Offensive-Aktivist Gunter Boschütz, der in der Februar-Ausgabe des „Schlesien-Reports“ für die Nationale Offensive geworben hatte und wegen seiner Aktivitäten Ende 1992 aus Polen ausgewiesen wurde.

1. Was versteht Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seinem Grußwort unter dem „Gebot historischer Wahrhaftigkeit“?

Der Bundeskanzler hält die Feststellung, daß die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation ist, für ein „Gebot historischer Wahrhaftigkeit“.

2. Was meint Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in seinem Grußwort, wenn er von einem „großen Erbe“ redet, welches „ein unverlierbarer Bestandteil unserer Geschichte ist“?

Der Bundeskanzler meint mit dem „großen Erbe“, welches „ein unverlierbarer Bestandteil unserer Geschichte ist“, die 700jährige Geschichte und Kultur der Deutschen in Schlesien. Er möchte, daß die Erinnerung daran als Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation wachgehalten wird.

3. Wodurch und wie „bewahrt“ und „pflegt“ Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl das „große Erbe“?

Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, daß Schlesien ein „Teil Deutschlands“ und der „deutschen Geschichte“ sei?

Die Politik der Bundesregierung wie die der polnischen Regierung wird von dem Bestreben geleitet, die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen und an die guten Traditionen und das freundschaftliche Zusammenleben in der jahrhundertelangen Geschichte Deutschlands und Polens anzuknüpfen, wie es die Präambel des Vertrages vom 17. Juni 1991 feststellt. Schlesien ist

Teil dieser Geschichte. Die Bundesregierung sieht jedoch keinen Anlaß, Äußerungen von Privatpersonen zu bewerten.

5. Wie versteht die Bundesregierung die Aussagen von Dr. Herbert Hupka, daß geschlossene Verträge zwar eingehalten werden müßten, „aber aus Unrecht kann kein neues Recht entstehen“?
6. Teilt die Bundesregierung die Meinung von Dr. Herbert Hupka, die Grenzverträge als „eine Annexion“ von seiten der polnischen Regierung und die polnische Politik als „kriegerischen Akt“ zu bezeichnen?

Siehe Antwort zu Frage 4.

7. Kann die Bundesregierung in diesen Äußerungen eine Gefährdung der Völkerfreundschaft erkennen, und würde sie diese Äußerungen zum Anlaß nehmen, ihre Förderung der Landsmannschaft Schlesien zu stoppen?
Wenn nein, warum nicht?

Die Landsmannschaft Schlesien erhält aus Mitteln des Bundes keine institutionelle Förderung.

Es werden lediglich einzelne Projekte der Landsmannschaft gefördert, an deren Durchführung ein besonderes Bundesinteresse besteht. Es handelt sich hierbei insbesondere um Projekte, die entsprechend dem gesetzlichen Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz der Erhaltung, Bewahrung und Fortentwicklung des schlesischen Kulturerbes dienen.

Die Bundesregierung legt Wert auf die Feststellung, daß keine Projekte gefördert werden, die unter Berücksichtigung bestehender Verträge das friedliche Miteinander der Völker beeinträchtigen.

Die Bundesregierung sieht daher keinen Anlaß, die Projekte der Landsmannschaft Schlesien von einer weiteren Förderung auszuschießen.

8. Hat die Bundesregierung die im Vorfeld und auf dem Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien von Vertretern dieser Landsmannschaft gemachten Auffassungen bzw. Drohungen über die deutsch-polnische Grenze geprüft und daraus ggf. Konsequenzen für eine weitere Förderung der Landsmannschaft Schlesien aus Mitteln des Bundeshaushalts gezogen?

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

9. Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß der NPD-Bezirksverband Mittelfranken per Anzeige in der Zeitung „Der Schlesier“ das Deutschlandtreffen in Nürnberg begrüßt und zur Teilnahme aufgerufen hat?

In der Wochenzeitung „Der Schlesier“ vom 9. Juli 1993 erschien eine Anzeige, mit der der Bezirksverband Mittelfranken der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) „die schle-

sischen Landsleute“ zum Deutschlandtreffen in Nürnberg begrüßte. Einen Aufruf zur Teilnahme enthielt die Anzeige nicht.

10. Wie vereinbaren sich die permanent geäußerten Beteuerungen der Funktionäre der schlesischen Landsmannschaft, sie würden sich von Rechtsextremisten scharf abgrenzen mit der offen gezeigten Sympathie für die Interessen der Forderungen der schlesischen Gruppen?
Worin sieht die Bundesregierung die qualitativen Unterschiede?

Sympathie für die berechtigten Belange der Heimatvertriebenen steht nicht im Widerspruch zur Abgrenzung von Rechtsextremisten.

11. Ist der Bundesregierung das Auftreten der Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) auf dem Deutschlandtreffen und deren Angriffe auf Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl „Auf Kohl verzichten wir, auf Schlesien nicht“ bekannt?

Ja.

12. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der von den JN verbalisierte „Verzicht ist Verrat“ lediglich verkürzt das wiedergibt, was auch der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, äußert?

Nein; im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4, letzter Satz, verwiesen.

13. Welche rechtsextremen Organisationen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in welcher Form zur Teilnahme am Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien aufgerufen?

Unter der Überschrift „Schlesien bleibt unser! Dieses ist unser Land. Es muß zurück in unsere Hand!“ verteilten die JN auf dem Schlesiertreffen ein Flugblatt. Die Bundespressestelle der NPD gab am 11. Juli 1993 – dem Tag des Schlesiertreffens – eine Pressemitteilung heraus, in der über die Protestaktion der JN berichtet wurde. In einer Anzeige im „Schlesier“ vom 30. Juli 1993 rühmten sich die JN unter der Überschrift „Auf Kohl verzichten wir gern – auf Schlesien nie!“ ihrer Protestaktion beim Schlesiertreffen. In der Anzeige heißt es, die JN seien sich „mit allen heimatvertriebenen und aufrechten Deutschen, die sich nicht länger als Stimmvieh der Unionsparteien mißbrauchen lassen wollen“, einig gewesen.

14. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über weitere Aktivitäten rechtsextremer Personen, Organisationen, Verlage und Zeitungen auf dem Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien?

Keine.

15. Beabsichtigt die Bundesregierung und vor allem auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, sich gegenüber der polnischen Regierung für revanchistische und beleidigende Äußerungen von Schlesien-Funktionären auf deren Deutschlandtreffen zu entschuldigen?

Wenn nein, welche Gründe sprechen dafür, dies zu unterlassen?

Die Bundesregierung könnte sich ggf. nur für solche Äußerungen privater Bürger entschuldigen, die sie sich vorher zu eigen gemacht hätte. Die Haltung der Bundesregierung ist bestimmt durch die Verträge mit Polen vom 14. November 1990 und 17. Juni 1991.

16. Hat die Bundesregierung einen finanziellen Beitrag für das Deutschlandtreffen 1993 aus dem Bundeshaushalt geleistet?

Wenn ja, in welcher Höhe, und wer konkret erhielt diese Unterstützung?

Die Bundesregierung hat der Landsmannschaft Schlesien aus dem Bundeshaushalt insgesamt 170 730 DM für das Deutschlandtreffen zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden zweckgebunden bewilligt, und zwar

90 000 DM im Rahmen der Förderung der kulturellen Breitenarbeit der Landsmannschaft für das Kulturprogramm sowie

80 730 DM im Rahmen der Unterstützung von Deutschen in den Aussiedlungsgebieten für finanzielle Hilfen an Teilnehmer aus Schlesien und Oberschlesien am Deutschlandtreffen. Damit wurden die Übernachtungs- und Beköstigungskosten sowie das anfallende Eintrittsgeld für diejenigen aus der Republik Polen anreisenden Schlesier übernommen, die finanziell nicht in der Lage waren, diese Kosten selbst zu tragen.

17. Ist die Bundesregierung aktuell über das Treiben bundesrepublikanischer Rechtsextremisten in Polen informiert?

Wenn ja, um welche Personen und Organisationen handelt es sich und vor allem um welche Art von Aktivitäten?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß deutsche Rechtsextremisten auf polnischem Gebiet – insbesondere im ehemaligen Oberschlesien – Aktivitäten entfaltet haben. Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 23 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste vom 29. Juni 1993 (Drucksache 12/5311) wird hingewiesen.

Seit der Ausweisung von Vertretern der aus der Bundesrepublik Deutschland operierenden neonazistischen „Nationalen Offensive“ im Dezember 1992 aus Polen liegen hier keine Hinweise auf konkrete Aktivitäten von Angehörigen neonazistischer Kreise aus der Bundesrepublik Deutschland in den von der deutschen Minderheit bewohnten Gebieten Polens vor. Seitdem hat es auch

keine besonderen Vorkommnisse in dieser Hinsicht gegeben. Die Führung der Verbände der deutschen Minderheit achtet nach hiesigen Erkenntnissen darauf, daß sich keine neuen Vertreter neonazistischer Gruppen in Schlesien niederlassen. Festgestellt wurden allerdings Propagandaschriften der NPD und DVU in der Oppelner und Gleiwitzer Region sowie im weiteren Umfeld. Auch der in Polen im Frühjahr 1993 angebotene „Schlesien-Report“ taucht im Vorfeld der für den 19. September 1993 angesetzten Parlamentswahlen wieder auf.

Die Bundesregierung beobachtet die weitere Entwicklung der Situation sorgfältig im Zusammenwirken mit den polnischen Behörden.

18. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine Zusammenarbeit von schlesischen Verbänden/Vereinen mit diesen Personen und rechtsextremistischen Organisationen in Polen?

Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor.

19. Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Auffassung der Beauftragten der Bezirksverwaltung von Opole, Danuta Berlinska, daß die Mitfinanzierung der Zeitung „Schlesische Nachrichten“ aus dem Bundeshaushalt und somit die Möglichkeit einer relativ großen Verbreitung in Polen gefährlich sei?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, zu Meinungsäußerungen einzelner polnischer Woiwodschaftsbediensteter Stellung zu nehmen.

20. Hat die Bundesregierung – wie angekündigt – über einen Antrag auf Förderung der „Schlesischen Nachrichten“ für 1993 entschieden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Der Schlesien-Report und der Rechtsextremismus“, Drucksache 12/4423)?

Wenn ja, in welcher Weise?

Die Bundesregierung gewährt den „Schlesischen Nachrichten“ im Jahr 1993 letztmalig einen Zuschuß in Höhe von 20 000 DM.

21. Hat die Bundesregierung – wie angekündigt – mittlerweile die Zeitung „Der Schlesier“ auf eine rechtsextreme Ausrichtung hin überprüft und zu welchen Erkenntnissen und Folgerungen ist sie dabei gekommen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Der Schlesier und rechtsextreme Verlautbarungen“, Drucksache 12/4018)?

Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

